

Ausblick: Gestaltungspotential für die BNF – Schlussstatements der Teilnehmer/innen

Dr. Hans Dietrich, IAB Nürnberg

Zwei Aspekte erscheinen mir in der Diskussion zentral: die Defizite des Schulsystems und dessen Auswirkungen auf das Übergangssystem, sowie das Unterangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen im Rahmen des dualen Systems der Berufsausbildung.

Die steigenden Zahlen von Schulabgängern ohne Abschluss verdeutlichen ein an Bedeutung gewinnendes Problem der allgemein bildenden Schulen. Die Schule von heute sieht sich mit anderen Herausforderungen konfrontiert, als die vor zwanzig Jahren; Zuwanderung und bildungsferne Gruppen beschreiben einen Teil der Problemlage. Versäumnisse in der Schule belasten in wachsendem Umfang auch die Arbeitsmarktpolitik, und sind hier – falls überhaupt – nur mit hohem, auch finanziellen, Aufwand zu kompensieren.

Das duale System der Berufsausbildung ist nach wie vor sehr leistungsfähig und ermöglicht erfolgreiche Übergänge in Beschäftigung. Aber das duale System erfüllt diese Funktion immer weniger flächendeckend. Hierzu ist eine differenzierte Ursachenanalyse nötig. Durchaus teure außerbetriebliche Ausbildungsangebote tragen zu einer gewissen Entlastung am Ausbildungsmarkt bei, verweisen jedoch auf die Notwendigkeit, grundsätzlich über eine Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung im Kontext der beruflichen Bildung insgesamt nachzudenken.

Werner Sondermann, Kolping-Bildungswerk Paderborn e.V.

Ich will versuchen, nach dem, was ich hier auf dem Symposium an Hinweisen und Fragen an die Träger aufgenommen habe, noch einmal in die Diskussion einzusteigen. Die Bereitschaft der Träger, sich in die Netzwerke zu begeben, wird allgemein unterschätzt. Unter den Trägern ist der Wunsch groß, auch im Bereich der Benachteiligtenförderung neue Methoden, neue Netzwerke und neue Partnerschaften auszuprobieren. Dies sollte eine wichtige Erkenntnis sein.

Ich glaube auch, dass Trägerverbünde bereit sind, auf die neuen, hier benannten Anforderungen, sehr schnell einzusteigen. Das Zaubervort in diesem Zusammenhang heißt Planungssicherheit, die uns als Trägern oft fehlt. Wir sind im Augenblick in einer Situation, in der wir von der Hand in den Mund leben, wir

wissen nicht, wie lange wir überhaupt in diesem Feld aktiv sein können. Dies ist nach meiner Meinung eine wichtige Botschaft, wenn wir ernst nehmen, was Benachteiligtenförderung oder Benachteiligtenbegleitung zukünftig eigentlich bedeuten soll.

Die Frage der Umsetzung der hier aufgestellten Forderungen stellt sich in besonderer Weise, wenn sie in der Praxis bestehen müssen, eine Tatsache, die bei der Konzeption der neuen Förderstruktur zeitweise ausgeblendet war. Mir scheint es absolut notwendig, in dieser Phase des Umbruchs der Benachteiligtenförderung im Gespräch zu bleiben, um Zielgruppen, Methoden und Möglichkeiten richtig zu verstehen.

Auf den ersten Blick erscheint das Auflösen von Maßnahmesituationen für einen Träger problematisch. Schafft man aber Rahmenbedingungen, die die oben erwähnte Planungssicherheit ermöglichen, so wird die Orientierung auf den Jugendlichen noch verstärkt, Seiteneinstiege werden forciert und die so genannten Klebeeffekte verhindert. Die im neuen Förderkonzept aufgezeigten Rahmenbedingungen stellen solche Vorgänge in Frage. Als Beispiel sei hier die Finanzierungsdauer angefügt. Neun statt zwölf Monate Laufzeit verhindern nicht nur diese Seiteneinstiege, sondern verhindern auch einen sinnvollen, durchgehenden Personaleinsatz.

Hier teile ich die Auffassung von Herrn Dietrich, dass auch die Möglichkeit genutzt werden muss, die Jugendlichen möglichst schnell in einen Ablösungs- und so in den Integrationsprozess zu bringen. Die Aussagen von Herrn Schlegel, die Jugendlichen bei solchen Entscheidungen partizipieren zu lassen, teile ich. Solche Effekte werden immer dann verstärkt, wenn Flexibilisierung und Finanzierungssicherheit gegeben ist.

Rainer Gaag, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD)

Nach den mir zugänglichen Daten haben wir in den letzten zehn Jahren immer schlechtere Übergangsquoten von der Hauptschule in die Berufsausbildung. Dabei halte ich es für problematisch, einen rein zahlenmäßigen Vergleich zu machen. Wenn man sich den Übergang genauer anschauen möchte, muss man hier Biografien von größeren Kohorten von Jugendlichen verfolgen, wie sie verlaufen und welche Brüche und Schleifen es gibt. Dann lässt sich auch qualitativ exakter die Wirkung und der Erfolg benennen, als pauschal die Maßnahmen negativ zu bewerten.

Ich will nur eine Zahl nennen: Wir hatten 1993 im Berufsvorbereitungsjahr, im Berufsgrundbildungsjahr, in den Berufsfachschulen und in

der SGB III geförderten Berufsvorbereitung einen Bestand von etwas über 424.000 Jugendlichen. Im Jahr 2002 haben wir in denselben Bereichen über 681.000 Jugendliche. Auch wegen der Vergleichbarkeit ist dabei nicht die Zahl der Jugendlichen mitgerechnet, die im Sofortprogramm waren. Nicht mitgerechnet sind auch die, die im Bereich der Jugendhilfe gefördert werden. Und deshalb müssen wir uns dringend davon verabschieden, nur das klassische duale System im Blick zu haben, wenn wir von beruflicher Bildung sprechen. Das Berufsbildungssystem erstreckt sich auf mehrere Lernorte und Förderformen. Berufliche Bildung findet statt in Schulen, in Betrieben, in überbetrieblichen und außerbetrieblichen Einrichtungen. Keineswegs handelt es sich dabei um temporäre Erscheinungen, sondern um strukturelle Entwicklungen.

Warum soll es nicht möglich sein, allen Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden können, weil sie aus schulischen oder persönlichen Gründen dafür nicht in Frage kommen, oder weil die Plätze nicht in ausreichender Zahl angeboten werden, eine Perspektive zu bieten? Eine solche Perspektive könnte so gestaltet werden, dass alle Jugendlichen nach Beendigung der allgemein bildenden Schule in Ausbildung kommen, betrieblich, schulisch, außerbetrieblich oder in einer kombinierten Form, wo sie dann zu dem individuell höchstmöglichen Abschluss geführt würden. Allerdings ist wichtig, dass wir auch das sehen, was sich vorher in der Schulkarriere dieser Jugendlichen abspielte. Hier stoßen wir dann auf das Problem der getrennten Systeme, nämlich Schule und Jugendhilfe. Dass dies aufgebrochen werden muss, ist gestern und heute mehr als deutlich geworden. Dankbar bin ich Herrn Braun, der in seinem Beitrag darauf hingewiesen hat, dass die hier diskutierten Probleme auch etwas damit zu tun haben, dass unser Bildungsideal starr zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung trennt.

Prof. Dr. Ruth Enggruber, FHS Düsseldorf

Ich möchte die Praktiker bitten, sowohl ihre guten pädagogischen Ansätze als auch die individuellen Bildungsverläufe der Jugendlichen genauer und systematischer zu dokumentieren. Nur wenn es gelingt, gute Beispiele pädagogischer Praxis, die in den Bildungseinrichtungen entwickelt werden, in die Fläche zu bringen, kann die Qualität in der Benachteiligtenförderung langfristig gesichert werden. Außerdem sind wir alle gefordert, die Erfolge unserer Bildungsbemühungen nachzuweisen, indem wir die Bildungswege der einzelnen Jugendlichen ausweisen. So ist es aus meiner Sicht dauerhaft nicht tragbar, dass wir in fast allen Statistiken

den hohen Anteil von 30 Prozent oder sogar mehr für einen unbekanntem Verbleib haben. Auch in den Daten von Wolfgang Schlegel zur Entwicklung der „Neuen Förderstruktur“ war wiederum bei 30 Prozent der Jugendlichen der Verbleib unbekannt.

Dann möchte ich die Bildungspraxis bitten, ihre aus der multiprofessionellen Teamarbeit gewonnenen Erfahrungen und guten Ansätze vor Ort in die Diskussions- und Entwicklungsprozesse einzubringen, die zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule geführt werden. Denn aus meiner Sicht lassen sich aus diesen Erfahrungen bedeutsame Anregungen z. B. für die offene Ganztagschule gewinnen. Dies gilt gleichermaßen für die Förderung benachteiligter Jugendlicher in Betrieben. Hier stimme ich mit Roland Matzdorf überein, dass es dringend notwendig ist, die Betriebe wieder mehr von ihrer Verantwortung für die Berufsausbildung und die Jugendlichen zu überzeugen. Gute professionelle Vorschläge zur Zusammenarbeit mit dem Personal aus Bildungseinrichtungen könnten sicherlich die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe unterstützen.

Und ich möchte nochmals den Vorschlag von Gero Kerig aufnehmen: Wenn es gelingen würde, die beiden von mir zuerst genannten Aspekte zu realisieren, könnte damit ein bedeutsamer Beitrag dazu geleistet werden, die Benachteiligtenförderung nicht mehr länger als kompensatorischen, sondern als komplementären Ansatz im Rahmen eines Gesamtsystems beruflicher Bildung zu verstehen. Dieses neue Berufsbildungssystem könnte bereits in allgemein bildenden Schulen ansetzen, in welcher Klasse dies beginnen könnte, ist noch zu überlegen.

Dr. Gero Kerig, IB

Mein erstes und wichtigstes Anliegen ist das Gewinnen der Sozialpartner für das modulare System, wie in meinem Beitrag dargestellt. Horizontale und vertikale Durchlässigkeit, angefangen in der Schule, sind die wesentlichsten Merkmale des modularen Systems.

Mein zweites Anliegen ist es, die Jugendämter aufzuwecken und Förder- und Entwicklungspläne zusammenzubringen, und so für den Jugendlichen ein einheitliches Entwicklungskonzept aufzubauen. Drittens müssen die Netzwerke enger geknüpft, also Barrieren zwischen Schule und Betrieb sowie Jugendhilfe usw. abgerissen werden.

Und noch ein methodischer Hinweis: Wenn Themen nach dem Motto „Weniger ist mehr“ begrenzt werden, kann das den Dschungel lichten und so die Überzeugungskräfte unserer Anliegen und Argumente für die politische Durchsetzung stärken.

Paul Fülbier, BAG JAW

Wichtig ist mir, dass auf der Basis von Planungssicherheit für die Träger die Betriebsnähe ausgebaut wird.

In das neue Förderkonzept „Förderung aus einem Guss“ müssen auch die niedrighelwigen Angebote einbezogen werden. Hier denke ich insbesondere an die Verbindung mit der Benachteiligtenförderung und Konzepten des Freiwilligen Sozialen Trainingsjahres etc.

Wenn es zu einem neuen System einer output-orientierten Steuerung in der Benachteiligtenförderung kommen soll, dann müssen auch Qualitätsstandards formuliert werden. Wir müssen über die output-orientierte Steuerung zu einer neuen Qualitätsdebatte kommen, weg vom Preiswettbewerb, der zurzeit vorherrscht.

Elisabeth Buschsieweke

Im bildungspolitischen Bereich hat für mich die Fortbildung der Mitarbeiter/innen erste Priorität, das gilt sowohl für die Trägermitarbeiter/innen als auch für die Lehrer/innen der Berufsschulen.

Wenn „Förderung aus einem Guss“, so wie Wolfgang Schlegel das vorgestellt hat, wirklich gelingen soll, muss in der Mitarbeiterfortbildung das neue Denken, die neue Förderphilosophie, geschult werden. Dass der Jugendliche mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt steht und sich die Förderung an ihm ausrichtet, ist nicht neu. Neu ist die geforderte Kohärenz, die veränderte Struktur – nicht mehr Gruppenförderung, sondern Individualisierung. Das gilt es vorzubereiten und zu beschulen.

Staatliche Schule und Trägerverbände müssen die gemeinsame Arbeit zulassen und weiter fördern, damit das vorhandene Know-how der Trägermitarbeiter/innen erhalten werden kann, das sie sich über zwanzig Jahre lang erarbeitet haben.

Für mich ist ein großes Anliegen, die Erfahrungen aus Modellversuchen und deren Wirksamkeit publik zu machen. In Gütersloh z. B. läuft ein Modellversuch Schulwerk, in dem schulmüde Jugendliche in Kooperation mit der Schule für verhaltensauffällige Jugendliche gefördert werden.

Wichtig ist für mich, die Kooperation mit Betrieben weiter zu stärken, runde Tische einzurichten, um den Weg für die frühzeitige Vermittlung von Jugendlichen in einen Betrieb zu ebnen. Die betriebliche Ausbildung wird für benachteiligte Jugendlichen nur dann ein Erfolgserlebnis, wenn die Ausbilder/innen in den Betrieben auf ihre Aufgabe vorbereitet sind.

Als Kreistagsmitglied ist mir sehr bewusst, dass die Kreise verantwortlich für Jugendhilfe und kreiseigenen Berufsschulen sind. Hier gilt es, die Zusammenarbeit von Schule und Ju-

gendhilfe weiter voranzutreiben und zu gestalten. Hier können vor Ort in der Verantwortung der Kreise runde Tische zwischen Jugendhilfe, Schulen, Berufsschulen und Trägern die Grundlage für die Konsortien eingerichtet werden, damit „Förderung aus einem Guss“ nicht nur ein Thema in der Bildungspolitik bleibt. Hier kann Kommunalpolitik gestaltend mitwirken zum Wohle der Jugendlichen.

Peter Braun, U.-Abteilungsleiter BMBF a.D.

Sie wollen ja Ratschläge für die Arbeit vor Ort haben. Da, glaube ich, hilft es nicht weiter, wenn man sagt, man muss an der Schule ansetzen, so richtig das ist. Mein Rat für Diskussionen vor Ort wäre ganz einfach unter Bezug auf Herrn Schlegel: Was zählt, ist, ob sich alle Beteiligten auf die neue Förderstruktur und den damit einhergehenden den Paradigmenwechsel einlassen. Und wenn ja – es bleibt ja auch gar nichts anderes übrig –, dann sollten wir uns all die neue Philosophie auch ganz zu eigen machen.

Dr. Hans-Joachim Petzold

Wie in meinem Referat schon gesagt – ich halte die Weiterentwicklung der Lernortfrage für ganz entscheidend. Allerdings nicht so ideologisiert, wie wir dies in der Vergangenheit zu oft getan haben, in einer künstlichen Gegenüberstellung von betrieblichem Lernort und Schule, Schule gegen den außerbetrieblichen Lernort usw. Speziell haben wir uns in der letzten Reformdekade nicht auf das vorgelagerte System, die allgemein bildende Schule eingelassen. Uns war zwar klar, dass hier viele Ursachen für den „Reparaturbetrieb“ Benachteiligtenprogramm liegen. Aber wir sind davon ausgegangen, das wir es schon schaffen, die negativen Schulkarrieren ab- und umzubauen.

Aus jetziger Sicht meine ich jedoch, dass an einer strukturellen Schulreform kein Weg mehr vorbeiführt, sie ist der Ausgangspunkt für eine neue Reforminitiative zum Abbau der „Benachteiligtenproduktion“.

Mein zweiter Punkt ist die Forderung nach mehr empirischer Forschung, nach Evaluation. Was passiert eigentlich mit der betrieblichen beruflichen Bildung, was verändert sich da quantitativ und qualitativ? Solche Fragen müssen fundiert diskutiert werden. Wenn wir mehr über die betriebliche Ausbildung wüssten, könnten wir auch passfähigere Schlüsse für die Lernortkombination ziehen.

Und es muss auf allen Seiten wieder mehr Ehrlichkeit in Bezug auf Zielgruppenerreichung und Erfolge einkehren: Mitte der 80er Jahre hatte das Benachteiligtenprogramm die harten Gruppen benachteiligter junger Menschen im Blickfeld der Projekte. Diese Zielgruppen fallen

gegenwärtig durch alle Förderangebote. Wenn nur noch Maßnahmen gefördert werden, bei denen schon im Vorfeld 70 Prozent Integrationserfolg gefordert werden, führt dies unweigerlich dazu, dass die am stärksten belasteten jungen Menschen aus den Maßnahmen verdrängt werden. Das kann nicht Sinn von Integrationsförderung sein.

Dr. Wolfgang Schlegel, INBAS Brüssel

Ein Punkt liegt mir besonders am Herzen: Es gibt ja nicht nur in Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene eine intensive Diskussion zum Thema lebenslanges Lernen. Wir sollten versuchen, das mit der Diskussion in der Benachteiligtenförderung zu verknüpfen. Der Gedanke klang schon bei Gero Kerig an, auch schon bei Roland Matzdorf. Wie kann man ein Gesamtsystem entwickeln, das es zu jeder Lebensphase ermöglicht, sich Qualifikationen anzueignen bzw. Qualifikationen, die man sich im Arbeitsprozess oder durch selbst lernen oder wie auch immer aneignet, zertifizieren und anerkennen zu lassen? Ein solches System wäre ein enormer Fortschritt gerade für die benachteiligten Zielgruppen und gerade für die 15 Prozent ohne Berufsabschluss, die Alexander Reinberg uns gestern so deutlich ins Bewusstsein gerufen hat. Denn auch wenn wir noch so tolle Konzepte entwickeln und die neue Förderstruktur noch besser machen, als sie eh schon ist, werden wir es nie schaffen, diese 15 Prozent auf, sagen wir, ein oder zwei Prozent zu drücken. Vielleicht schaffen wir es, von 15 auf 10 Prozent herunterzukommen, das wäre ein gigantischer Erfolg. Dennoch müssen die restlichen 10 Prozent im Laufe der dreißig, vierzig Jahre, die sie irgendwo am Arbeitsmarkt sein werden, auch noch Möglichkeiten haben, ein anerkanntes Zertifikat zu erwerben. Und zwar ohne, dass sie in irgendeine Form von dreijähriger Benachteiligtenausbildung zurück müssen, denn das wird nicht funktionieren.

Per-Marcel Ketter, Heidelberger Institut Beruf und Arbeit hiba GmbH

(1) Eine Bildungsoffensive ist notwendig, um mehr Jugendliche für eine berufliche Bildung zu erreichen. Die Zahlen, die zur demografischen Entwicklung, den zukünftigen Bildungsanforderungen und der Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials vorgestellt wurden, zeigen sehr deutlich, dass heute alles daran gesetzt werden muss, um eben jene Zielgruppen für berufliche Bildung zu erreichen, die bisher außen vor bleiben. Der Arbeitsmarkt im Jahr 2015 braucht prozentual mehr qualifizierte Fachkräfte und weniger „nicht-formal Qualifizierte“. Damit diese zur Verfügung stehen, müssen wir heute

in die Berufsausbildung investieren. Ziel muss es dabei sein, Integrationskonzepte so weiterzuentwickeln, dass deutlich mehr bildungsferne Jugendliche erreicht werden als dies in den vergangenen Jahren gelungen ist.

(2) Einer der zentralen Faktoren, der die Qualität der Förderangebote beeinflusst, ist kompetentes Ausbildungs- und Förderpersonal. Verfügt das eingesetzte Personal über die entsprechenden Kompetenzen, dann können die Jugendlichen für eine Berufsausbildung motiviert, sie in ihren persönlichen Belangen stabilisiert und ihnen damit das Lernen ermöglicht werden. Dann bestehen gute Chancen, dass auch Jugendliche mit besonderem Förderbedarf eine Berufsausbildung erfolgreich bewältigen können.

Insbesondere aufgrund der gegenwärtigen Veränderungsprozesse in der Integrationsförderung steigt der Fortbildungsbedarf deutlich an. Aus der Wirtschaft wissen wir, dass Veränderungsprozesse nur gelingen können, wenn sie parallel von einem Kompetenzaufbau beim beteiligten Personal begleitet werden. Die Kosten gescheiterter Veränderungen sind ungleich höher als eine Investition in eine professionelle Personalentwicklung. Deshalb müssen unbedingt die Kompetenzen auch auf der Ebene des eingesetzten Personals in der Integrationsförderung gefördert werden.

Roland Matzdorf, MWA (NRW)

Mein Anliegen ist es, dass wir alle Jugendlichen brauchen, und wir brauchen möglichst viele Betriebe in der Berufsausbildung.

Deshalb lautet meine erste Forderung: Gehen wir mit Trägern und Betrieben in die Schulen und verändern auch das System Schule. Es wird nicht anders gehen, und es ist auch richtig. Schule darf nicht als Lernort ausgegrenzt werden, sondern muss mit hinein geholt werden. Und dazu braucht man das Know-how der Träger und die Erfahrungswelt der Betriebe. Dann kommen auch die unterschiedlichen Kompetenzen der benachteiligten Jugendlichen zur Geltung. Und hier sind sie den anderen auch durchaus zum Teil nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen.

Zweite Forderung: Machen wir aus dem vorhandenen Maßnahmenbüschel, von dem auch viele profitieren, ein anerkanntes, flexibles, mit realistischen Qualitätsstandards versehenes System, das tatsächlich die Flexibilität zulässt, die Wolfgang Schlegel hier postulierte. Dieses System muss dann auch deutlich machen, dass man sich einem Controlling und Qualitätsstandard zu vernünftigen Preisen unterzieht. Diese können ja festgelegt sein. Und dann messen wir uns an der Qualität und nicht

am Preis der Benachteiligtenförderung.

Auch hier brauchen wir Betriebe und Träger, die zusammenarbeiten. Denn dies ist keine Aufgabe nur von den Trägern, sondern immer auch eine Aufgabe vom beteiligten Ausbildungsbetrieb, der sich öffnen muss, sonst geht es nicht. Und so lautet meine dritte Forderung:

Das duale System der Berufsausbildung muss sich öffnen, erstens für Partnerschaften mit Trägern. Die Betriebe können Benachteiligtenförderung nicht alleine leisten, und wenn wir alle ausbildungsfähigen Betriebe einbeziehen wollen, geht das nur in Verbindung mit den Trägern, mit ihrer Kompetenz, mit ihrem Know-how. Zweitens muss sich das duale System nach unten öffnen. Das heißt, es muss Einstiege zulassen, die garantierte und zertifizierte Aufstiegs- und Weiterlernmöglichkeiten beinhalten. Es muss sich auch nach oben öffnen, denn wir müssen das Abstürzen von Qualifikationsprozessen nach einem Berufsabschluss verhindern und nicht erst irgendwann viel später mit Weiterbildung ansetzen. Das Weiterlernen muss prinzipiell direkt nach dem Berufsabschluss ansetzen, und da muss Offenheit bestehen für Ideen wie Bildungsbudgets und Bildungsgutscheine.

Armin Fink, BAG BBW

Ich möchte drei Empfehlungen für die Arbeit vor Ort aussprechen:

1. Fördert den individuellen Ansatz, d.h. baut auf Kompetenzfeststellung. Tragt diese Erfahrung auch in die Schule hinein. Einrichtungen der Benachteiligtenförderung haben vielfältige Möglichkeiten. Lasst es nicht bei der Kompetenzfeststellung bewenden, sondern fügt ihr auch die erforderlichen prozesshaften Elemente der Kompetenzentwicklung zu.
2. Wolfgang Schlegel hat es bereits angesprochen: Verzahnt in diesem Prozess Berufsvorbereitung und Ausbildung. Qualifizierungsbausteine ermöglichen eine gemeinsame Gestaltung dieser Elemente in einer Organisationseinheit. Versucht, auch die Berufsschule mit einzubeziehen. Dieser Lernort fehlt zurzeit noch in diesem Konzept. Ohne diese Einbindung liegt die Anerkennung von Qualifizierungsbausteinen auf die Ausbildung noch in ferner Zukunft.
3. Bildet strategische Kooperationen mit Betrieben. Hier kann ich nur das unterstützen, was Roland Matzdorf sagte. Sucht im Betrieb nicht nur die Praktikumsstätte, um Arbeitswelt zu simulieren, dies bleibt eine Laborsituation. Sucht ergänzend dazu Kooperationen mit Betrieben, die Auszubildende einstellen und verantwortlich in die betriebliche Leistungserbringung einbezie-

hen.

Zum Schluss ein Wunsch an die Gestalter in Anbetracht der Umsetzung des Modellversuches neuer Förderstrukturen: Wiederholt hierbei nicht die strukturellen Fehler, die Wolfgang Schlegel nannte, nämlich, dass verwaltungsorientierte Elemente das System gestalten. Verfolgt konsequent die individuelle Orientierung und Förderung, nur dann kann dieses System auch wirklich funktionieren.

Prof. Dr. Werner Wüstendörfer, Georg Simon Ohm-Fachhochschule Nürnberg

Für mich ist die große Frage, wie ein ressourcenorientierter Ansatz (stärker) in den Schulen, vor allem in den Hauptschulen praktiziert werden kann. Dabei gilt, je früher, desto besser. Damit eng verbunden ist die Frage, wie „Schule“ individualisiert werden kann. Für eine angemessene berufliche Orientierung würde dies Kompetenzfeststellung, Profiling, Casemanagement in enger Vernetzung mit den zuständigen Partnern bedeuten, also mit den Betrieben, der Arbeitsverwaltung und den Trägern der Jugendhilfe, so dass ein übergangloses System möglich ist.

Mit Hilfe einer Modularisierung des Lernstoffes könnte eine aufeinander aufbauende Qualifizierung erreicht werden. „Lebenslange Lernen“ bei den Jugendlichen müsste mehr angeregt und gefördert werden. Dabei ist die Schlüsselqualifikation „Lernen, wie man lernt“ ein wichtiger Baustein. Die Informations- und Kommunikationstechnologien könnten dabei stärker genutzt werden, da bei nahezu allen Jugendlichen ein hohes Interesse daran besteht.

Einige Fragen möchte ich noch nennen, die bisher kaum angesprochen wurde: Wie wirkt sich die Globalisierung, insbesondere, wie wirkt sich der Zusammenschluss in Europa auf unsere Benachteiligtenförderung aus? Was bedeutet die Osterweiterung für die Benachteiligtenförderung, mit dem wahrscheinlichen Szenario, dass sehr viele Jugendliche aus Tschechien, Polen usw. bei uns eine Lebensperspektive finden wollen? Und wie wirken sich die europäische Jugendpolitik und die europäischen Beschäftigungsmaßnahmen auf das deutsche System der Benachteiligtenförderung aus. Diese Themen sind bisher zu wenig diskutiert.

Dr. Alexander Reinberg, IAB Nürnberg

Ich denke, die Zukunft der Benachteiligtenförderung muss stärker als bisher in eine allgemeine bildungspolitische Diskussion eingebettet werden. In diesem Zusammenhang ist entscheidend, dass wir uns über die Definition der Ziele dessen, was Benachteiligtenförderung eigentlich bewirken soll, mehr Klarheit

verschaffen.

Ziel von Bildungsprozessen ist die Vermittlung von Kompetenzen und gegebenenfalls der Ausgleich von Defiziten. Wenn es gelingt, Jugendlichen, die bisher durch sämtliche Mäsechen unseres Bildungssystems gefallen sind, beispielsweise einen Schulabschluss zu vermitteln oder deren soziale Handlungskompetenz zu stärken, ist ein großer Schritt bereits gelungen, und zwar auch dann, wenn das neu erworbene Wissen nicht sofort auf dem Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt verwertbar ist. Denn ohne diese Kompetenzen werden sie in einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt nur schwer bestehen können. Darüber hinaus gewinnt Bildung in wachsendem Maß nicht nur sozial-, sondern auch wirtschaftspolitische Bedeutung. Wir müssen heute so viel Jugendliche wie möglich für Qualifizierung gewinnen, um den drohenden Fachkräftemangel von morgen in Grenzen zu halten.

Von daher würde ich warnen, Benachteiligtenförderung von Effizienzkriterien abhängig zu machen, die sich an einem von konjunkturellen Schwankungen und betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskalkülen abhängigen Ausbildungsstellenmarkt (z. B. eine festgelegte Einmündungsquote in die duale Ausbildung) orientieren. Eine solche Zieldefinition wäre nicht nur unklar, sondern auch bildungspolitisch kontraproduktiv. Stellen wir uns einmal vor, unser aller Tun wäre so erfolgreich, dass fast jeder benachteiligte Jugendliche einen höheren Bildungsabschluss erlangen könnte, der Lehrstellenmangel bliebe aber unverändert. Unter diesen Bedingungen würden sich lediglich die Selektionshürden beim Zugang in die Lehre erhöhen. Die vorgegebenen Effizienzkriterien könnten nicht erfüllt werden und dies, obwohl die Bildungserfolge unbestreitbar wären.

Dr. Jürgen Thiel, Bundesanstalt für Arbeit

Hier geht es um die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins auf kommunaler Ebene bei allen Beteiligten. Wir fordern benachteiligte Jugendlichen eben nicht just for care, diese Förderung hat nichts mit Fürsorge zu tun. Wir müssen klar machen, dass wir diese Jugendlichen brauchen und dass sie einen wesentlichen Beitrag leisten können für sich selbst und für die Gesellschaft. Die Bildungsinvestition Jugend muss gleichgesetzt werden auch mit Wirtschaftsinvestitionen.